

**„Bürgerwillen in der Schulpolitik endlich ernst nehmen:
Keine Einheitsschulen, keine Gemeinschaftsschulen, sondern ein mehrgliedriges
Schulsystem mit weiteren Schulformen neben dem Gymnasium!“**

„Mehrheitlich spricht sich die Bevölkerung für ein mehrgliedriges Schulsystem aus. Das ist das aktuelle Ergebnis der jüngsten Allensbachumfrage* im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Nicht für die Gemeinschaftsschule, sondern für das mehrgliedrige Schulsystem mit dem Gymnasium und einer Mischform aus Haupt- und Realschule nach der Grundschule – dafür sprechen sich 65 Prozent der Befragten aus! Bei den Befragten mit schulpflichtigen Kindern sind es sogar 73 Prozent! Diese klare Positionierung müssen Bildungspolitiker *in den Bundesländern* endlich ernst nehmen, die die Einheitsschule im neuen Gewand der Gemeinschaftsschule abgehoben vom Bevölkerungswillen ungebrochen fortführen wollen!“ fordert die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing.

Die Ablehnung der Gemeinschaftsschule zieht sich nach dem Bericht von Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach durch fast alle sozialen Schichten, alle Altersgruppen, Frauen und Männer, Ost- wie Westdeutsche mit unterschiedlicher Schulbildung und mit verschiedenen Einkommen. Keine Gemeinschaftsschule, in der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren Leistungen gemeinsam beschult werden, sondern ein nach Leistung differenziertes mehrgliedriges Schulsystem, in dem auch die Förderschule neben den anderen Schulformen ihren regulären Platz hat. Dies befürworten 63 Prozent der Befragten, mit und ohne schulpflichtige Kinder.

„Dies deckt sich mit der Position des Deutschen Philologenverbandes, der stets für ein mehrgliedriges Schulsystem eingetreten ist, in dem sich jeder Schüler nach seinen Fähigkeiten und seinen Leistungen entwickeln kann“, formuliert Lin-Klitzing.

Gegenüber einer Allensbachumfrage von 2013 sei der Anteil von Befürwortern des mehrgliedrigen Schulsystems von 52 Prozent auf 65 Prozent der Befragten in 2019 angestiegen und von den Eltern der betroffenen Schüler sogar von 65 Prozent auf 73 Prozent in 2019. „Damit zeigt sich deutlich, dass die Einführung der Gemeinschaftsschulen in den Bundesländern keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat, sondern mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Es ist an der Zeit, den Willen der Bevölkerung für ein mehrgliedriges Schulsystem angemessen umzusetzen und nicht länger Einheitsschul-Utopien auszuleben!“, so die Bundesvorsitzende.

*Diese jüngste Umfrage vom 2.8. – 15.8.2019 vom Institut für Demoskopie Allensbach wurde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. August 2019 in der Rubrik *Zeitgeschehen* vorgestellt.

Berlin, 22.8.2019

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin